



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/V/6

7. Januar 1950

## Vor fünf Jahren: Die Tragödie der elf Millionen

O.H. In diesen Tagen jährt sich zum fünften Mal der Beginn jenes furchtbarsten Abschnittes des zweiten Weltkrieges, da im Verlauf von nicht ganz drei Wochen fast elf Millionen Deutsche ihre Heimat verloren und ein von Hass und Vergeltungssucht getragener Blutrausch der bisher unterdrückten Völker Hunderttausende deutscher Menschen ums Leben brachte, sie verschleppte oder in die Gefängnisse warf.

Am 13. Januar 1945 begann die Offensive der seit rund einem halben Jahr an der Weichsel hinter Warschau liegenden sowjetischen Armee.

Dem gewaltigen Ansturm der Sowjetarmee vermochte sich die bereits totwund geschlagene und nur noch mangelhaft ausgerüstete deutsche Wehrmacht nicht mehr wirksam zu widersetzen. Nach kurzem Widerstand war die deutsche Abwehrfront überrannt und es begann ein infernalischer Wettlauf mit dem Tod, der in 18 Tagen von der Weichsel bis zur Oder führte und neben dem eigentlichen Kriegsheer alles in seinen grauenhaften Strudel zog, was sich zum deutschen Volk bekannte: Männer und Frauen, Kinder und Greise.

Bereits am 17. Januar, also am 4. Tage nach Beginn der Offensive, konnte sich die von Moskau eingesetzte polnische Regierung in Warschau etablieren. Zwei Tage später zogen Einheiten der roten Armee in Lodz-Litzmannstadt ein und weitere drei Tage darauf hatten sie Polen erreicht. Unbeschreiblich, was mit den in diesen polnischen Gebieten wohnhaften Deutschen geschah, denn nur wenigen gelang es, rechtzeitig zu fliehen. Viele vertrauten ihrem reinen Gewissen gegenüber ihren polnischen Mitbewohnern und blieben zurück. Etwas mehr als eine Million Deutscher war zum grössten Teil schon seit Jahrhunderten in Polen sesshaft gewesen, etwa 250 000 waren als Umsiedler aus den baltischen Ländern, aus Besarabien und anderen Ostländern hinzugekommen. Gegen diese nunmehr über Nacht hilf- und wehrlos gewordenen Menschen richtete sich der Hass des bisher grausam unterdrückten polnischen Volkes. Die von der SS, der Gestapo und anderen Schergen des braunen Regimes begangenen Untaten wurden nun tausendfach an den zurückgebliebenen Deutschen vergolten. Besonders schlimm war es in Lodz, wo noch

buchstäblich in letzter Minute vor dem Abzug der deutschen Truppen der Gestapo-Kommandant eines Kz die revoltierenden polnischen Insassen mit Maschinengewehren niedermähen und das Gebäude dann durch Panzerfäuste in Brand schiessen liess. Offen wurde die Fiarole zur Ausrottung der Deutschen ausgegeben. Es heisst z.B. in dem vom Polnischen Befreiungskomitee in Lodz gleich nach dem Abzug der deutschen Besatzung erlassenen Aufruf u.a. wörtlich: "Dies ist kein gewöhnlicher Krieg, sondern der Grosse Krieg, das grosse Erfordernis zweier Völker, zweier Rassen, denen es nebeneinander zu eng wurde. Ihr Tod - oder unserer - das ist die Überzeugung, wie sie in ganz Polen herrscht!"

Angesichts dieser amtlichen Aufforderung zum Mord konnten sich die verbrecherischen Elemente innerhalb des polnischen Volkes hemmungslos austoben. Die Luftschutzgräben füllten sich mit den Leichen ermordeter oder freiwillig aus dem Leben geschiedener Deutsche, die Gefängnisse und Konzentrationslager konnten die gepeinigten und geschundenen Menschen kaum mehr fassen, ein grosses Sterben als Folge der erlittenen Misshandlungen und des Hungers setzte ein, ununterbrochen rollten die Züge mit Verschleppten nach Russland in die Verbannung...

Nicht ganz so grauenhaft, aber in seinen Dimensionen um das Vielfache gesteigert, war das Unglück der deutschen Ostgebiete zwischen Warthe und Oder. Hier fiel die unmittelbar lauernde Vergeltung der Polen weg, da diese Gebiete ja eine rein deutsche Bevölkerung aufwiesen. Fast ohne Widerstand stiessen die sowjetischen Panzertruppen in Eilmärschen bis zur Oder vor, wo bereits am 1. Februar bei Kystrin ein sowjetischer Brückenkopf auf der westlichen Seite des Flusses errichtet wurde. Nur in dem am 23. Januar zur Festung erklärt und von den Sowjetarmeen eingeschlossenen Breslau wurde der unsinnige Widerstand bis zum letzten Tag vor dem endgültigen Zusammenbruch fortgesetzt.

Unsaubar waren die Leiden der Bevölkerung Ostpreussens, die mitten in die durch den verbrecherischen Widerstand des Gauleiters Koch verursachten militärischen Kampfhandlungen hineingerissen wurde. Ohne Rücksicht auf die Zivilbevölkerung tobten hier die erbitterten Kämpfe fast drei Monate. Der Untergang des Passagierdampfers "Wilhelm Gustloff" mit über 5000 Flüchtlingen, zumeist mit Frauen und Kindern an

Bord, ist nur eines der augenfälligsten Beispiele dafür, mit welcher Gewissenlosigkeit hier das Leben der Zivilbevölkerung aufs Spiel gesetzt wurde. Der Einmarsch der Russen in Hohenstein und Allenstein am 23. Januar, die Einnahme von Danzig und Gdingen am 13. März und der Fall von Königsberg am 10. April waren die Etappen auf diesem blutigen Schicksalsweg der Ostpreussen-Bevölkerung.

Tod und Verderben, Verbannung und Gefangenschaft, Heimatlosigkeit und Elend für elf Millionen deutsche Menschen aus dem Osten - das war die furchtbare Ernte der Kriegsfurie, die in jenen Januartagen des Jahres 1945 das Land zwischen Weichsel und Oder überzog.

\*\*\*

#### Labours Schicksalswahl vor der Tür

---

(sp.) London, im Januar 1950

Wahrscheinlich werden die fälligen Neuwahlen in England früher stattfinden, als man ursprünglich gedacht hat. Verschiedene Anzeichen bestätigen die Version, die einen nahegelegenen Termin ("in den nächsten Wochen") nennt. Als stärkstes dieser Anzeichen betrachtet man die zum Jahreswechsel erfolgte Erhebung von fünf Labourabgeordneten in den Peers-Stand, was mit ihrer gleichzeitigen Versetzung in das Oberhaus verbunden ist. Ihre Unterhaussitze sind damit leer geworden und müssten in Nachwahlen besetzt werden. Da man der Wählerschaft und auch der Staatskasse kaum zweimal innerhalb kurzer Zeit die Belastung einer Parlamentswahl zumuten wird, glaubt man allgemein, dass Attlee die vakant gewordenen Parlamentssitze "in einem Aufwaschen" mit dem ganzen Unterhaus wählen lassen wird. Als weiteres wichtiges Anzeichen kommt hinzu, dass Attlee vor drei Monaten, als einige einflussreiche Labour-Politiker auf sofortige Neuwahlen drängten, diesen Wunsch mit dem Argument abzuwehren verstand, man müsse erst die Auswirkungen der Pfundabwertung abwarten. Auch dieser Termin zeigt sich heute in einem für Wahlen günstigen Licht. Der Export ist gestiegen und die Dollarreserven der Bank von England sind weitaus höher als zum Zeitpunkt der Abwertung.

Schliesslich hat Attlee wie ein sorgsamer Hausvater zum Abschluss der Wahlvorbereitungen sich bei den Gewerkschaften noch eine Rückendeckung geholt. Um eine Erschütterung der nach der Devaluation aufgebauten wirtschaftlichen Situation ausgerechnet im Wahlkampf zu vermeiden, hat er den Gewerkschaften das Versprechen abgenommen, in dieser Zeit alle Lohnkämpfe grösseren Ausmasses

zurückzustellen. Am 12. Januar werden die Vorstände von rund 190 Einzel-Gewerkschaften zusammentreten, um die Empfehlung der Zentralgewerkschaft (TUC) von den "eingefrorenen Löhnen" zu diskutieren. Diese Empfehlung besagt, dass die heutigen Löhne einfrieren und erst dann aufgetaut, also erhöht werden wollen, wenn der Index der Lebenshaltungskosten um mehr als sechs Punkte (fast sechs Prozent) seit der Pfundabwertung gestiegen ist. Eine der grössten Gewerkschaften, die der Bergarbeiter, hat der Empfehlung bereits vor der Konferenz zugestimmt; inzwischen sind weitere Zusagen eingelaufen. Trotzdem werden der Konferenz nicht heftige Diskussionen erspart bleiben, denn in vielen Fällen bedeutet die Empfehlung einen Verzicht auf vertraglich gesicherte Rechte. Einige der Gewerkschaften haben Tarifverträge, wonach die Löhne automatisch dem Index der Einzelhandelspreise folgen, also auch dann, wenn die 6 Prozent Steigerung noch nicht erreicht sind. Die TUC-Konferenz wird vermutlich unter dem Motto "aufgeschoben ist nicht aufgehoben" der Labour-Regierung die erwünschte Rückendeckung für den Wahlkampf geben. Sicher ist aber, wie auch die Wahlen ausfallen mögen, nach dem Wahlgang mit Lohnkorrekturen zu rechnen, weil es gilt, im Laufe der Zeit eingeschlichene Ungerechtigkeiten zu beseitigen.

Die Labour-Regierung weiss sich also schon in diesem Augenblick der Stimmen von acht Millionen organisierten Arbeitern für die bevorstehenden Wahlen sicher. Dass Attlee sich nach allen Seiten wie ein vorsichtiger Feldherr sichert, ehe er die Schlacht eröffnet, liegt nicht nur in seiner gemessenen Art. Stärker noch ist berücksichtigt worden, dass vom Ausgang dieser Wahl die Fortsetzung der 1945 begonnenen sozialen Reformen abhängt und das Schicksal des Versuches, die Lasten des gewonnenen Krieges möglichst gerecht auf alle Bevölkerungsschichten zu verteilen. Über das Stadium des Experimentierens ist man hinaus, viele der von der Labour-Regierung geschaffenen Einrichtungen würden selbst einen Tory-Sieg nicht zum Opfer fallen, aber manche in Entwicklung befindlichen Reformen würden abgebrochen und manche überhaupt nicht erst zum Ansatz kommen. Darum wägt die Labour-Führung lange, besonders auch auf aussenpolitischem Gebiet, ehe sie wagt. Man will sie, wenn die Anzeichen nicht trügen, wagen.

\*\*\*

### Die "letzten Kriegsgefangenen"

---

sp. Wie das Ostzonenamt für Informationen offiziell erklärt, sollen in den nächsten Tagen die "letzten Transporte" deutscher

Kriegsgefangener aus der Sowjetunion eintreffen. Diese Erklärung ist verbunden mit der Behauptung, die deutsche Wehrmachtführung habe

durch Angabe falscher Vermisstenzahlen auch die Gefallenen den sowjetischen Streitkräften als Gefangene zugeschoben. Demgegenüber

muss folgendes festgestellt werden:

1. Am 4.5.1945 gab das Oberkommando der sowjetischen Streitkräfte bekannt, die Gesamtzahl der von ihnen eingebrachten deutschen Soldaten betrage 3 180 000.
2. Von den alliierten Truppen in Deutschland wurden nach der Kapitulation (8.5.1945) ganze Gefangenenlager der Roten Armee übergeben, deren Insassen ins Innere Russlands gebracht wurden.
3. Noch in den Sommer- und Herbstmonaten 1945 wurde die Ostzone systematisch von der Roten Armee und NKWD mit Hilfe deutscher Behörden nach ehemaligen deutschen Soldaten durchgekämmt; sie wurden ebenfalls nach Russland gebracht.
4. Die "Statistische Praxis", Monatsschrift des statistischen Zentralamtes der deutschen Verwaltung für Statistik in der sowjetischen Besatzungszone schrieb im Januarheft 1947, Seite 5 über die vorläufigen Ergebnisse der deutschen Volkszählung: "Sie sind dabei für ganz Deutschland auf eine ortsanwesende Bevölkerung von 65,9 Millionen gekommen. Wenn man die noch nicht heimgekehrten Kriegsgefangenen hinzurechnet, würden es etwa 70 Millionen sein. Nach Rückkehr der Kriegsgefangenen, schätzungsweise 4,5 bis 5 Millionen..." Danach befanden sich in der Sowjetunion nach der Kapitulation mindestens vier Mill. deutsche Kriegsgefangene.

Zwei Jahre lang hörte Deutschland und die Welt nichts mehr über die deutschen Kriegsgefangenen in der UdSSR. Erst auf der Aussenmi-

nisterkonferenz im März 1947 erklärte der damalige Aussenminister Molotow zur Kriegsgefangenenfrage: die Sowjetunion habe 1 003 000

deutsche Kriegsgefangene bereits entlassen und noch 892 000 in ihrem Gewahrsam. Zurückgekehrt sind seit dieser Erklärung Molotows über

eine Million.

Otto Grotewohl erklärte im Oktober 1948: es seien nur noch 250.000 deutsche Kriegsgefangene in der SU. Seit diesem Tage aber sind nach

der amtlichen Statistik über 350.000 zurückgekehrt und nach den Aussagen der Heimkehrer sind über 400.000 noch in den nicht aufgelösten

Lagern. Von vielen bekannt gewordenen Lagern ist überhaupt noch niemand zurückgekehrt.

Es fehlen also nach den eigenen Angaben der amtlichen Stellen

der SU noch zwei Millionen deutsche Kriegsgefangene. Die Welt hat die Pflicht, im Namen der Menschlichkeit zu fordern, dass diese schnellstens in die Heimat zurückkehren. Im übrigen muss Auskunft gegeben werden, wo sie verblieben sind.

\*\*\*

#### Nachrichten aus der Ostzone:

##### Sowjets evakuieren an der Ostseeküste

sp. Das Gebiet der Ostseeküste zwischen Wismar und Warnemünde wird in einer Breite von etwa 26km geräumt werden. Die Halbinsel Wustrow ist bereits bis zum Schmiedeberg geräumt. Die sowjetische Besatzungsmacht will auf diesem Gebiet die militärischen Anlagen der deutschen Luftwaffe wieder in Betrieb nehmen. Auf der Halbinsel Wustrow und in Rerik befanden sich früher Flak-Übungsplätze und Land- und Wasser-Flughäfen. Die Bevölkerung der Halbinsel Wustrow wurde in die Kreise Neustrelitz und Neuruppin gebracht. Auch in der Stadt Rerik ist die Evakuierung bereits weit gediehen. Die auf den ehemaligen Truppenübungsplätzen angesiedelten Bauern haben noch eine kurze Frist zur Erfüllung ihres Ablieferungssolls erhalten. Auf dem breiten Lande wird sich daher die Evakuierung verzögern. Die Besiedlung der betroffenen Gebiete im Rahmen der Bodenreform ist aus militärischen Gründen eingestellt worden.

##### Verstärkte KP-Propaganda an West-Universitäten

sp. Auf einer Tagung der SED-Betriebsgruppe der Universität Leipzig stand der auf der studentischen Interzonentagung in Clausthal-Zellerfeld gefasste Beschluss zur Debatte, wonach West- und Ost-Universitäten gegenseitige Patenschaften übernehmen sollen. Der an fast jeder Interzonen-Tagung teilnehmende FDJ-Funktionär Wagner betonte dabei, dass die schlechte soziale Lage vieler Studenten in Westdeutschland die beste Voraussetzung für die Einbeziehung dieser Menschen in die nationale Front sei. Nach dem Vorschlag Wagners, der einstimmig angenommen wurde, erhält jede Ostzonenuniversität mehrere westdeutsche Patenschaftsuniversitäten zugewiesen, auf deren politische Beeinflussung sie sich zu konzentrieren hat. Den an diesen Universitäten tätigen kommunistischen Studenten soll über die westdeutschen KP-Parteileitungen Propagandamaterial für die Nationale Front zur Verfügung gestellt werden.